

SPD lehnt mit Blick auf Schulden alles ab

CDU und Grüne stimmen dagegen Sozialhaushalt und längeren Kita-Betreuungszeiten zu / Junker greift Verwaltung an

ACHIM • Die größte Fraktion im Achimer Rat, die SPD, lehnt den größten Ausgabenposten im städtischen Doppelhaushalt 2013/2014, den millionenschweren Etat für Soziales, in der von der Verwaltung ausgearbeiteten Form ab. Allerdings gab es im Fachausschuss am Montag eine Mehrheit dafür, weil CDU und Grüne einträchtig zustimmten. Die WGA enthielt sich der Stimme.

„Es ist nicht zu verantworten, dass sich die Stadt 2013 um weitere 4,5 Millionen Euro verschuldet“, sagte Sozialdemokrat Bernd Junker. Denn es sei fraglich, ob der Landkreis solch einen Haushalt genehmigen werde. „Achim muss aber zukunftsfähig bleiben.“

Auch die vorgesehenen Steuererhöhungen missfielen der SPD. Wenn die Stadt die Grundsteuer B von 270 auf 400 Prozent und die Gewerbesteuer von 290 auf 400 Prozent anhebe, treffe das Eigentümer, Mieter und

Unternehmer praktisch gleichermaßen und könnte dazu führen, dass sich Bürger und Betriebe lieber in Nachbargemeinden ansiedelten, warnte Junker.

Er kritisierte zudem, dass der neue Bierdener Kindergarten, der neben der Grundschule gebaut werden soll, mit drei Millionen Euro veranschlagt ist und damit mit einer Million mehr als die neue Uesener Kita am Stadtwald. Da dürfe sich das Führungspersonal im Rathaus nicht alleine auf die in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie verlassen, „da muss die Verwaltung kreativer sein“.

Die Bierdener Lebenshilfe-Einrichtung mit ihren zahlreichen behinderten Kindern habe einen anderen Betreuungsbedarf, hakte Wolfgang Ritzenhoff, Vize-Chef der Verwaltung, ein. „Dieser Neubau ist sicher nicht für zwei Millionen Euro zu haben.“

Darüber hinaus forderte



Der Betrieb von Kindergärten, hier die Noch-Tagesstätte in Uesen, kostet die Stadt viel Geld. ■ Archivfoto: Mix

Bernd Junker die Kämmerei unter Leitung von Peter Hollwedel auf, das Zahlenwerk übersichtlicher zu gestalten. Denn die Haushaltsansätze für 2013 und 14 seien kaum mit denen der vorherigen Jahre zu vergleichen, was auch Karl-Heinz Lichter (CDU) bemängelte.

Ansonsten waren sich die Christdemokraten im Sozialausschuss jedoch mit den Grünen einig. Die beiden Fraktionen beantragten, „im Sinne einer familienfreundlichen Gestaltung der Betreuungszeiten und eines bedarfsgerechten Angebo-

tes für berufstätige Eltern“, die Kindergärten Achimer Schlaumäuse, Baden und Uphusen länger zu öffnen. Dort sollen für einzelne Gruppen Betreuungszeiten in der Frühe, am Mittag und am späten Nachmittag ausgedehnt werden.

Die Mehrkosten für die öffentliche Hand in Höhe von rund 35 000 Euro hielt Silke Thomas (Grüne), die dem Ausschuss vorsitzt, für vertretbar. „Die Stadt muss sich im sozialen Bereich dem gesellschaftlichen Strukturwandel stellen“, heißt es in dem von ihr und

Dr. Petra Gözl (CDU-Fraktion) gemeinsam unterzeichneten Schreiben.

Bärbel Richter, Gleichstellungsbeauftragte im Rathaus, unterstützte den Antrag. Wegen nicht ausreichender Betreuungszeiten könnten insbesondere Frauen eine Berufstätigkeit oft gar nicht oder nur mit geringer Stundenzahl ausüben, was später auch noch zu einer mageren Rente führe, erklärte Richter.

Demgegenüber warnte Wolfgang Ritzenhoff vor der zusätzlichen Geldausgabe. Das sei mit Blick auf den Gesamthaushalt nicht zu verantworten. Junker („Solch einen Luxus können wir uns nicht leisten“), Paula Kramann und Tanja Tarnowsky-Hoppmann (alle SPD) sahen das genauso und stimmten gegen den Antrag, während Lars Gagelmann (WGA) Stimmenthaltung übte.

Dr. Petra Gözl schüttelte den Kopf. „Herr Junker, die

einzigste Gemeinsamkeit, die wir hier heute Abend haben, ist, dass wir beide an die Zukunft denken“, stichelte sie. Ohne Unterstützung von Kindern und Familien habe Achim allerdings gar keine Zukunft.

„Wir können in Klein-Achim nicht die Welt retten“, konterte Junker und verwies darauf, dass den Kommunen von Krippen bis Ganztagschulen viele teure Lasten vom Bund und Land aufgebürdet worden seien, ohne diese ausreichend zu finanzieren. „Wenn wir die Schulden nicht bezahlen können, nutzt eine familienfreundliche Stadt doch überhaupt nichts.“

Schließlich ergriff noch eine Bürgerin das Wort. Zusätzliche Betreuung sei keineswegs Luxus, hielt sie Junker entgegen. Werde daran gespart, gebe es voraussichtlich bald weniger Kinder in Achim und damit auf längere Sicht auch weniger Steuerzahler. ■ mm